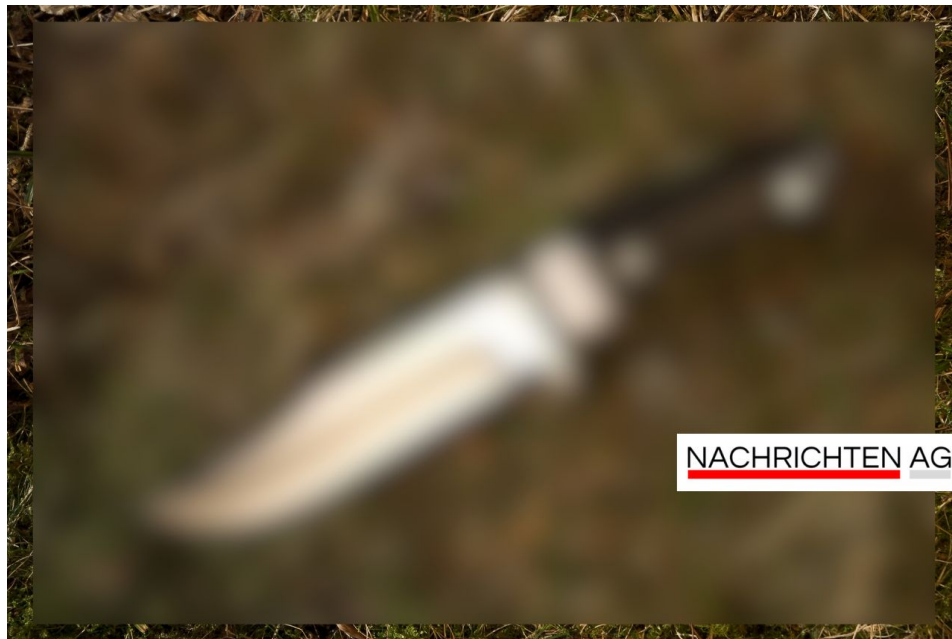


Amoklauf in Graz: Sollte Österreichs Waffenrecht komplett reformiert werden?

Amoklauf in Graz: Präsident Van der Bellen prüft Waffenrecht nach tödlichem Vorfall. Diskussion über potentiellles Waffenverbot.



Graz, Österreich - Ein erschütternder Amoklauf in Graz führt derzeit zu intensiven Diskussionen über das Waffenrecht in Österreich. Am Dienstagvormittag tötete ein 21-Jähriger bei einem Angriff an einer Schule zehn Menschen, darunter neun Jugendliche und eine Lehrerin. Der Täter, der später Suizid beging, hatte sowohl eine Schrotflinte als auch eine Faustfeuerwaffe, die er legal erworben hatte. Diese Tragödie wirft grundlegende Fragen über die Sicherheit und die bestehenden Regelungen im Waffenbesitz auf. Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat in Reaktion auf diese Ereignisse das Waffenrecht in Frage gestellt und fragt, ob

die Rechtslage den modernen Anforderungen gerecht wird. Politische Vertreter diskutieren zudem, wie ein 21-Jähriger im Stande war, derartige Waffen und Munition zu erwerben.

Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr hat nach dem Vorfall ein umfassendes Schusswaffenverbot für Privatpersonen gefordert.

Wir müssen dringend darüber nachdenken, wer in diesem Land Waffen besitzen darf, so Kahr. Sie kritisiert, dass in Österreich Waffenscheine oft zu schnell vergeben werden und plädiert dafür, diesen Besitz ausschließlich Exekutivorganen zu erlauben. Die Debatte über mögliche Regelungsänderungen kommt im Lichte der erschreckenden Geschehnisse in Graz wieder in den Fokus.

Waffenbesitz in Österreich: Aktueller Stand

Österreich zählt mit 30 Schusswaffen pro 100 Personen zu den am stärksten bewaffneten Ländern in Europa. Laut dem Zentralen Waffenregister waren am 1. Juni 2025 insgesamt 1.518.873 Schusswaffen im legalen Besitz von 374.141 Personen erfasst. Während für den Erwerb von Faustfeuerwaffen eine behördliche Genehmigung erforderlich ist, gelten für Schrotflinten und Büchsen weniger strenge Regelungen. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass der Täter in Graz so leicht an seine Waffen kam, so argumentieren viele Politiker.

Franz Ruf, der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, betont die Notwendigkeit einer politischen Diskussion über das Thema und potenzielle Regelungslücken. Er weist auf die Vielzahl der Angriffsmethoden hin, die in den letzten Jahren beobachtet wurden, die von Schusswaffen über Messer bis hin zu Fahrzeugen reichen. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit, die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu überdenken.

Trauer und Gedenken

In Anbetracht der Tragödie gedenkt Österreich der Opfer mit einer Trauerminute, die für Mittwoch angesetzt ist. Der Amoklauf

hat viele Menschen im ganzen Land erschüttert und eine intensive Debatte ausgelöst, inwiefern die Sicherheitsgesetze angepasst werden sollten, um künftige Vorfälle dieser Art zu verhindern. Der Druck auf die Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um die Waffengesetze zu verschärfen, wächst.

In einer Zeit, in der immer öfter über die Gefahren des Waffenbesitzes diskutiert wird, könnte der Vorfall in Graz als Wendepunkt in der österreichischen Waffendebatte angesehen werden. Politische Stimmen fordern nicht nur ein Überdenken der Gesetze, sondern auch eine umfassende öffentliche Diskussion darüber, welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um solche Tragödien zu vermeiden.

Für weitere Informationen zu den aktuellen Entwicklungen in dieser Thematik besuchen Sie bitte bnn.de, diepresse.com oder ooe.orf.at.

Details	
Vorfall	Amoklauf
Ort	Graz, Österreich
Verletzte	12
Festnahmen	1
Quellen	• bnn.de • www.diepresse.com • ooe.orf.at

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net